

**Stadt Bergisch Gladbach**  
**Der Bürgermeister**

Datum  
**20.03.2012**  
Ausschussbetreuender Fachbereich  
**Bildung, Kultur, Schule und Sport**  
Schriftführung  
Petra Weymans  
Telefon-Nr.  
**02202-142554**

## **Niederschrift**

**Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport**  
**Sitzung am Dienstag, 31.01.2012**

Sitzungsort

**Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach**

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

**17:00 Uhr - 19:11 Uhr**

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

18:00 Uhr – 18:03 Uhr

### **Sitzungsteilnehmer**

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

### **Tagesordnung**

#### **A Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 29.11.2011 - öffentlicher Teil -  
*0035/2012***
- 4 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**
- 5 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 6 Annahme einer Schenkung**

- 0666/2011
- 7 **Übernahme einer Dauerleihgabe**  
0667/2011
  - 8 **Vorstellung einer Projektarbeit der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Köln "Schulentwicklungsplan für die Primarstufe"**  
0024/2012
  - 9 **Bergisch Gladbacher Bildungslandschaft: Rückblick Projekte 2011 und Ausblick Projekte 2012**  
0661/2011
  - 10 **Bildungs- und Teilhabepaket - Schulsozialarbeit im Rheinisch-Bergischen Kreis**  
0660/2011
  - 11 **Kindertagesbetreuung im Betreuungsjahr 2011/12**  
0665/2011
  - 12 **Zwischenergebnis: Aktionsplan Inklusion der Stadt Bergisch Gladbach**  
0646/2011
  - 13 **Einfriedung des Schulgeländes Saaler Mühle mit den bisher frei zugänglichen Sportaußenanlagen**  
0672/2011
  - 14 **Annahme einer Schenkung an das Stadtarchiv**  
0668/2011
  - 15 **Anträge der Fraktionen**
  - 16 **Anfragen der Ausschussmitglieder**

## Protokollierung

### A Öffentlicher Teil

#### 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Miede eröffnet um 17.00 Uhr die Sitzung.

Herr Dr. Miede begrüßt sodann die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Kirchen und Verbände, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Gäste, stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung des Ausschusses und die fehlenden Ausschussmitglieder (siehe Anwesenheitsliste) fest.

Herr Dr. Miede begrüßt ebenfalls die Studierenden der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW, die unter TOP A8 ihre Projektarbeit „Schulentwicklungsplan der Primarstufe“ vorstellen werden, sowie ihren Dozenten Herrn Dr. Huke.

Herr Dr. Miede tritt in die Tagesordnung ein.

#### 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Frau Lehnert hat eine Nachfrage zu TOP 13 der letzten Sitzung. Sie habe gefragt, was der Ausschuss / die Politik initiieren könne, damit alle Kinder, gleich ob Migrationshintergrund oder nicht, die nötige Sprachkompetenz erlangen könnten. Sie möchte gerne wissen, ob es zu ihrer Frage einen Sachstand gebe.

Herr Dr. Speer teilt mit, Herr Buhleier werde diese Frage bearbeiten. Die Antwort werde nachgereicht.

Die Niederschrift wird vom Ausschuss einstimmig genehmigt.

#### 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 29.11.2011 - öffentlicher Teil - 0035/2012

Der Durchführungsbericht wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

#### 4. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Der Ausschussvorsitzende macht keine Mitteilungen.

## 5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Dr. Speer trägt folgende Mitteilungen vor:

- Er möchte noch einmal auf die Terminänderung im September hinweisen. Die Ausschusssitzung finde nicht am 19.09.2012, sondern am 20.09.2012 statt.
- An der Gemeinschaftsgrundschule An der Strunde habe die Bezirksregierung eine Qualitätsanalyse durchgeführt. Die Bezirksregierung habe mitgeteilt, der den Schulträger betreffende Teil der Qualitätsprüfung sei durchweg gut bis sehr gut ausgefallen. Gebäude und Ausstattung seien mit der höchsten Bewertungsstufe 4 eingestuft. Die Schule erfülle nahezu alle Kriterien dieser Qualitätsanalyse optimal oder gut. Das Ergebnis dieser Qualitätsanalyse werde elektronisch übermittelt. Ausschussmitglieder, die an dem Prüfbericht interessiert seien, könnten sich an Herrn Pütz wenden. Er werde dann den Bericht weiterleiten.
- Am 28. / 29. Januar habe die Städtische Max-Bruch-Musikschule den Regionalwettbewerb Rheinberg/Oberberg „Jugend musiziert“ durchgeführt. Die Schülerinnen und Schüler der Musikschule hätten außerordentlich erfolgreich abgeschnitten. Gewertet worden seien die Instrumente Holzbläser - Blechbläser - Gitarre-Solo, sowie Duo Klavier und ein Streichinstrument und Duo Klavier vierhändig. Von den ca. 170 Teilnehmerinnen und Teilnehmer kämen 34 Schülerinnen und Schüler aus der Städtischen Max-Bruch-Musikschule. Davon seien 29 Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit einem 1. Preis, 4 mit einem 2. Preis und 1 mit einem 3. Preis ausgezeichnet worden. 13 Musiker hätten eine Weiterleitung zum Landeswettbewerb nach Köln erhalten. Er möchte allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für die gute Leistung gratulieren.

Herr Dr. Mieke schließt sich im Namen des Ausschusses der Gratulation an.

## 6. Annahme einer Schenkung 0666/2011

Herr Dr. Mieke dankt Herrn Walter Jansen im Namen des Ausschusses für die Schenkung.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **einstimmig** folgende Beschlussempfehlung:

**Die Schenkung wird angenommen. Herrn Walter Jansen, dem Witwer der verstorbenen Künstlerin, soll der herzliche Dank der Stadt übermittelt werden.**

## 7. Übernahme einer Dauerleihgabe 0667/2011

Herr Kleine hat eine Frage zu den Kosten. Laut Vorlage seien mit der Übernahme der Dauerleihgabe für die Stadt Bergisch Gladbach keine weiteren Kosten verbunden. Es möchte gerne wissen, ob diese Aussage verbindlich oder nur eine grobe Schätzung sei.

Frau Dr. Oelschlägel erklärt, der Leihgeber trage die Kosten für die Versicherung der Werke und notwendige Restaurierungskosten. Mit Unterstützung des Galerie + Schloss e.V. würde man Zustandsprotokolle erstellen lassen, um den Zustand der Werke bei der Übernahme zu dokumentieren.

Herr Dr. Miede findet es gut, dass nun auch die wichtigsten Vertreter der „Düsseldorfer Schule“ in der Städtischen Galerie Villa Zanders zu bewundern seien. Er stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **einstimmig** folgende Beschlussempfehlung:

**Die Dauerleihgabe wird übernommen und die Depotfläche zur Verfügung gestellt.**

**8. Vorstellung einer Projektarbeit der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Köln "Schulentwicklungsplan für die Primarstufe"**  
*0024/2012*

Herr Dr. Miede bittet die Studierenden ihre Projektarbeit „Schulentwicklungsplan der Primarstufe für die Stadt Bergisch Gladbach 2012 bis 2017“ vorzustellen. Die Beratung werde im weiteren Verlauf des Jahres vorgenommen. In dieser Sitzung erfolge nur die Präsentation.

Frau Hahn, Herr Bartz, Herr Gawlitta und Frau Przibilla erläutern mittels einer Power-Point-Präsentation die vom Projektteam erstellte Projektarbeit. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Herr Dr. Miede dankt der Projektgruppe für den guten Fachvortrag. Sie hätten eine Fülle an Details, Möglichkeiten, Schwierigkeiten und Problemen aufgezeigt. Der Ausschuss werde die gleiche Aufgabe zu bewältigen haben wie beim Schulentwicklungsplan für die Sekundarstufe I und II. Es müsse zunächst kritisch geprüft und dann hoffentlich mehrheitlich entschieden werden.

Herr Pütz erklärt, die Verwaltung habe nun zum zweiten Mal mit der Fachhochschule Köln zur Vorbereitung eines Schulentwicklungsplanes zusammengearbeitet. Es sei eine große Datenmenge und Basiswissen erarbeitet worden. Alle umliegenden Städte und Gemeinden würden für die Erstellung solcher Schulentwicklungspläne oder -entwürfe Planungsbüros - gegen Entgelt - beauftragen. Durch die Zusammenarbeit mit der Fachhochschule habe man eine ähnlich gute Arbeit erhalten, dies sei viel Wert. Dennoch bleibe festzuhalten, aus dem heute vorgestellten Entwurf könne nicht auf einen Schulentwicklungsplan ohne Alternativen geschlossen werden. Der Plan werfe Fragen auf, die auch im Plan nicht alle beantwortet würden. Zum Beispiel stehe in der Projektarbeit, in Bensberg gebe es ein Raumdefizit, welches sich noch verstärken werde. Dieses Raumdefizit bestehe bereits. Vor diesem Hintergrund müsse man den Plan auf jeden Fall als Ganzes sehen und könne nicht zwangsläufig darauf schließen, dass z. B. die Gemeinschaftsgrundschule Kippekausen „auf der Kippe“ stehe. Es gebe aus Bensberg Verdrängungen nach Refrath. Maßnahmen in Refrath würden sich daher auch auf Bensberg auswirken. Dies müsse berücksichtigt werden. Eine andere Frage, die aufgeworfen worden sei, sei die Frage, wie groß eine Förderschule in Zukunft noch sein müsse, wenn weiter inklusiv beschult werde. Benötige man dann noch so eine große Förderschule in Refrath oder bestehe vielleicht auch die Möglichkeit, zwei kleine Förderschulen, eine in Alt-Gladbach und eine in Alt-Bensberg für den Bereich Bensberg / Refrath, zu haben. Dadurch könne das Schulgebäude der bisherigen Förderschule zur Lösung möglicher Grundschulfragen mit herangezogen werden. Ferner spreche der Plan die Frage der Bausubstanz der Schulgebäude an, beantworte sie aber nicht und sei auch nicht bei der Erstellung von Lösungsansätzen mit berücksichtigt worden. Die Bausubstanz in der GGS Kippekausen sei vergleichsweise gut, die der KGS An der Steinbreche dagegen vergleichsweise schlecht. Dies alles müsse diskutiert werden. Allerdings sei man bei der Frage der Inklusion nicht ganz frei, da die Vorgaben hierzu vom Land kämen. Sollte das Land sich entschließen, seinen Gutachtern zu folgen, und z.B. die Förderschulen für lernbehinderte und erziehungsschwierige oder sprachbehinderte Kinder auslaufen zu lassen, werde dies zwangsläufig ganz

erhebliche Auswirkungen auf die Grundschullandschaft haben, die zu beachten seien. Dies seien einige Details, die der Plan nur anreize, aber nicht vollständige beantworten könne.

Herr Dr. Miede dankt Herrn Pütz für seine Ausführung. Er möchte gerne den Tagesordnungspunkt nun abschließen. Im Laufe des Jahres werde sich der Ausschuss intensiv damit beschäftigen, vor allem nach der Verabschiedung des Schulentwicklungsplanes für die Sekundarstufe I und II.

Frau Lehnert stimmt Herrn Dr. Miede zu und erklärt, den Vortrag könne man zunächst einmal als erste Lesung betrachten. Die detaillierte Darstellung finde sie sehr gut und sie möchte der Projektgruppe ebenfalls dafür danken. Gleichwohl habe sie ein paar Anmerkungen. Zunächst möchte sie auf den Titel „Schulentwicklungsplan“ eingehen. Die Wortwahl sei bereits bei der letzten Projektarbeit kritisiert worden, da er zu Irritationen führe. Die Projektarbeit sei nicht „der Schulentwicklungsplan“, sondern die Grundlage für die Diskussionen. Des Weiteren möchte sie auf eine Aussage auf Seite 39, Absatz 2 eingehen, wonach in Städten mit großen Ballungsräumen und einer „schwierigen Klientel“ die Abschaffung der Schulbezirke sicherlich problematisch sei, da es wahrscheinlicher werde, dass Schulen selektiert würden und sich Schulen für Besserverdienende und für Migranten entwickelten. Diese Polarisierung könne sie so nicht stehen lassen, da es auch sehr gut verdienende Migranten gebe. Den Pol – Besserverdienende und Migranten – gebe es nicht grundsätzlich. Dies möchte sie den Studierenden gerne mitgeben. Ferner habe sie eine grundsätzliche Frage zu der durchgeführten Befragung. Sie möchte gerne wissen, ob der Ausschuss nicht vorher hätte informiert werden müssen. Mit einer Umfrage, so finde sie, wecke man wieder Bedarfe oder Unstimmigkeiten.

Herr Dr. Miede bittet darum, nicht in dieser Sitzung in die inhaltliche Diskussion einzusteigen. Er dankt noch einmal den Studierenden für ihre Facharbeit und den Vortrag. Herr Dr. Miede unterbricht die Sitzung für drei Minuten.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

## **9. Bergisch Gladbacher Bildungslandschaft: Rückblick Projekte 2011 und Ausblick Projekte 2012** *0661/2011*

Herr Dr. Speer möchte darauf hinweisen, dass diese Vorlage zweigeteilt sei. Punkt 1 - Rückblick auf die Projekte und Maßnahmen des Jahres 2011 - sei eine reine Mitteilung. Der Beschlussvorschlag beziehe sich auf den Punkt 2 - Ausblick auf die Projekte und Maßnahmen im Jahr 2012. Ferner berichtet Herr Dr. Speer über das Abstimmungsverhalten des Jugendhilfeausschusses (JHA) in seiner Sitzung am 25.01.2012 und des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann (ASSG) in seiner Sitzung am 26.01.2012. Der JHA habe mehrheitlich gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE./BfBB für den Beschlussvorschlag gestimmt. Im ASSG sei der Beschlussvorschlag einstimmig angenommen worden.

Herr Dr. Baeumle-Courth hat eine Frage zu der unter dem Punkt Abfrage Bildung in Bergisch Gladbach (Seite 16) genannten Postkartenaktion. Es sei vorgesehen, eine offene Frage auf einer Postkarte abzufragen, die bei Veranstaltungen ausliege. Seiner Meinung nach werde hierdurch der befragte Personenkreis auf die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltungen eingeschränkt. Heutzutage würden solche Befragungen doch zusätzlich über das Internet flankierend bereitgestellt. Er möchte gerne wissen, warum dies nicht gemacht oder ob es vergessen worden sei, dies in der Vorlage zu erwähnen.

Herr Buhleier erklärt, es sei auch über die Medien - Presse und Internet - auf die Postkartenaktion hingewiesen worden. Die Postkarten würden natürlich auch über die Bildungseinrichtungen verteilt. Das Ziel sei, die Postkarten an möglichst unterschiedliche Bevölkerungsgruppen zu verteilen. So sei auch die Diskussion in der Steuerungsgruppe gewesen.

Frau Winkels erklärt für die SPD-Fraktion, die Vorlage sei sehr gut. Die durchgeführten Veranstaltungen, wie die Infobörse, seien sehr wichtig für die Jugendlichen. So könne auch das Netzwerk für die Jugend gebildet werden. Die Fortbildung "Motivation motivationsloser Jugendlicher" als Thema einer Veranstaltung finde sie ebenfalls wichtig, da dies wahrscheinlich ein großes Problem werde. Ferner sei die verstärkte Zusammenarbeit zwischen Kindertagesstätte und Grundschule sehr positiv. Sie möchte noch gerne auf Punkt 3 eingehen und wissen, nach welchen Kriterien die Stadtteile ausgewählt worden seien.

Herr Buhleier erläutert, unter Punkt 3 seien die weiteren Entwicklungen angesprochen. Hier habe man auf Projekte hingewiesen, die nicht originär zur Bildungslandschaft gehörten, aber starke Überlappungen dazu hätten. Man habe damals entschieden, mit dem Modell Stadtteilmanagement zunächst im Stadtteil Gronau/Hand zu beginnen auf Grund der Zusammensetzung der Bevölkerungsstruktur, der Neubauten und den bereits funktionierenden ehrenamtlichen Strukturen. Das Netzwerk werde unterstützt durch einen hauptamtlichen Mitarbeiter des FB 5. Nach zwei Jahren habe man dem Rat berichtet und die Empfehlung gegeben, diesen Arbeitsansatz Stadtteilmanagement mit seinen präventiven Ansätzen gegen Armut bei Kindern und den Aufbau von Netzwerken auf den Stadtteil Bockenberg zu übertragen. Sollte dieses Modell Stadtteilmanagement noch weiter ausgeweitet werden, biete sich der Stadtteil Stadtmitte an.

Herr Klein erklärt, die Fraktion DIE LINKE./BfBB finde die durchgeführten und auch geplanten Arbeiten sehr wichtig und auch gut dargestellt. Allerdings seien angesichts der steigenden Aufgaben die bereitgestellten Mittel zu gering ausgelobt. Dies sei auch der Grund gewesen, warum die Fraktion DIE LINKE./BfBB im Jugendhilfeausschuss dagegen gestimmt habe. Im Hinblick auf einen Doppelhaushalt sollten seitens der Politik mehr finanzielle Mittel bereitgestellt werden. Zuletzt möchte er noch auf den Begriff „motivationslose Jugendliche“ eingehen. Er könne sich motivationslose Jugendliche nicht vorstellen. Man müsse diese Jugendlichen anders erreichen. Er finde es nicht geschickt, sie so darzustellen.

Herr Dr. Miede stellt Punkt 2 der Vorlage - Ausblick auf die Projekte und Maßnahmen im Jahr 2012 zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **mehrheitlich** bei einer Gegenstimme der Fraktion DIE LINKE./BfBB folgende Beschlussempfehlung:

**Die für 2012 vorgesehenen Projekte und Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Bergisch Gladbacher Bildungslandschaft werden begrüßt.**

Frau Lehnert möchte noch gerne wissen, wann der nächste Termin für die Steuerungsgruppe sei.

Herr Buhleier antwortet, der Termin sei Mitte des Jahres, ein weiterer im Dezember. Er werde den Termin schriftlich mitteilen.

*Anmerkung zur Niederschrift*

*Die Steuerungsgruppe tagt am 04.07.2012 und am 11.12.2012. Am 07.07.2012 findet von 10:00 bis 14:00 Uhr für alle Bildungsakteure die Veranstaltung „Bildung gestalten“ in der Volkshochschule statt.*

**10. Bildungs- und Teilhabepaket - Schulsozialarbeit im Rheinisch-Bergischen Kreis**  
*0660/2011*

Frau Lehnert möchte die Aufmerksamkeit auf die „Schulschwänzer-Problematik“ lenken und bittet den Ausschuss ihre Anregung zu unterstützen. Herr Sellmann, Jugendrichter am Amtsgericht Bergisch Gladbach, habe sie gebeten, ein Projekt des Oberbergischen Kreises vorzustellen. Dort gebe es eine Kooperation mit der Sozialraummanagement GbR ([www.sozialraummanagement.com](http://www.sozialraummanagement.com)), welche sich um Schulschwänzer kümmere und mit den Eltern und den Jugendlichen Kontakt aufnehme. Die Stadt Overath beginne ebenfalls mit diesem Projekt. Es wäre wünschenswert, wenn man noch zur Verfügung stehende Projektmittel in dieses oder ein ähnliches Modell investiert könne, um direkt und nicht über Umwege tätig zu werden. Sie glaube, dies könne zu einem Problem werden, wenn nicht frühzeitig eingegriffen werden.

Herr Dr. Speer erklärt, er werde die Anregung aufgreifen und Kontakt mit den Kollegen im Oberbergischen Kreis aufnehmen, um sich über dieses Projekt zu informieren.

Frau Scheerer möchte gerne wissen, für welche weiteren Projekte in Bergisch Gladbach die auf Seite 21, letzter Absatz erwähnten 40.000 € aus dem Topf „Schulsozialarbeit“ zur Verfügung ständen.

Herr Neu spricht die Übertragbarkeit der Mittel aus 2011 an (Seite 20). Er möchte gerne wissen ob es hier einen neuen Sachstand gebe. Ferner möchte er gerne wissen, wer über die Mittelvergabe der 40.000 € aus dem Topf „Schulsozialarbeit“ für weitere Projekte entscheide. Des Weiteren habe er eine Frage zu den zusätzlichen Fachkräften für Schulsozialarbeit, die organisatorisch an den drei Kompetenzzentren für sonderpädagogische Förderung (KsF) angebunden würden (Seite 31). Danach seien sechs Stellen dem KsF Bergisch Gladbach und zwei Stellen dem KfS Rösrath zugeordnet. Zwei Stellen des KsF Bergisch Gladbach würden dabei organisatorisch an der Martin-Luther-King-Schule in Rösrath eingegliedert werden, die für das KsF Bergisch Gladbach die Betreuung der Sek. 1-Schulen wahrnehme. Zwei Stellen würden also Bergisch Gladbach abgezogen werden. Er möchte gerne wissen, ob es sich dann für beide insgesamt um sechs Stellen handele. Zuletzt möchte er noch wissen, wer die Schlüssigkeit der Projektskizze (Seite 34) prüfe.

Herr Buhleier erklärt zur Frage nach den 40.000 € auf dem Topf „Schulsozialarbeit“, in anderen Kreisen oder kreisfreien Städten seien alle Gelder nur für Schulsozialarbeit ausgegeben worden. Im Rheinisch-Bergischen Kreis sei die Entscheidung getroffen worden, 30 % der Mittel für Projekte zur Verfügung zu halten. Ziel sei es, nicht nur über das System Schule Angebote zu machen, sondern mit diesen Projektmitteln Projekte / Hilfsangebote im Sozialraum zu fördern. Da für den Bereich Übergang von der Schule in den Beruf ein relativ gutes Angebotssystem im Rheinisch-Bergischen Kreis bestehe, sei die Projektmittelzielgruppe hier Kinder aus Familien, die an das Bildungs- und Teilhabepaket herangeführt werden sollten. Es reiche nicht, die Familien nur zu informieren, die Familien müssten auch zu den entsprechenden Sportvereinen und sozialen Einrichtungen hingeführt werden. Jede Kommune habe für die Erstberatung der Antragsteller der Projekte einen kommunalen Ansprechpartner benannt. Für die Stadt Bergisch Gladbach sei er als Leiter der Stabsstelle Soziale Stadtentwicklung des Fachbereiches Jugend und Soziales benannt worden, da er auch als Ansprechpartner für die Entwicklung der kommunalen Bildungslandschaft fungiere. Er berate die Träger bezüglich ihrer Projekte, prüfe, ob die Anträge mit den Richtlinien übereinstimmten und gebe das kommunale Votum ab. Der Kreis sei dann für die Bewilligung und die Prüfung des Verwendungsnachweises zuständig. Zur Frage nach den KsF-Stellen erklärt Herr Buhleier, es seien 8 Stellen für Bergisch Gladbach und Rösrath, zwei von den Stellen für Bergisch Gladbach seien in Rösrath angesiedelt. Bezüglich der Frage nach der Übertragbarkeit der Mittel gebe es keinen neuen Sachstand. Der Rheinisch-Bergisch-Kreis sei verhalten optimistisch, er sehe dies eher verhalten pessimistisch. Aus diesem Grunde habe man entschieden, erst einmal nur für die Jahre 2012/2013



zu planen. Sollte eine Fortführung im Jahr 2014 möglich sein, werde man dies mit den Kooperationspartnern absprechen.

Herr Klein erklärt, die Fraktion DIE LINKE./BfBB habe zu dieser Vorlage mehrere Anmerkungen. Generell finde die Fraktion es sehr aufwändig, dass ähnliche Vorlagen in vielen verschiedenen Ausschüssen immer wieder beraten würden. Es wäre einfacher, auch für die anderen Fraktionen, wenn nicht so viele Ausschüsse sich mit immer der gleichen Vorlage beschäftigen müssten. Ferner handle es sich bei der vorliegenden Vorlage um eine Mitteilungsvorlage. Unter Art der Behandlung stehe „Beratung“. Seiner Meinung nach könne der Ausschuss hier weder beraten noch entscheiden, da es ausschließlich Aufgabe des Kreises sei, über diese Mittel zu verfügen oder sie einzuteilen. Der Ausschuss könne die Entscheidung des Kreises lediglich zur Kenntnis nehmen. Er finde, eine Mitteilungsvorlage zur Kenntnis hätte hier ausgereicht. Glücklicherweise würden die Mittel an den in der Vorlagen aufgeführten Standorten eingesetzt, nachdem die Ausschüsse der Stadt Bergisch Gladbach erst einmal durch Schließung von Jugendzentren, durch Mittelbeschneidung von Freien Trägern etc. dafür gesorgt hätten, dass es dort zu Bedarf gekommen sei. Nun könne dieser Bedarf „glücklicherweise“ teilweise durch Bundesmittel gedeckt werden, was zumindest die Auswirkungen abmildere.

Herr Dr. Miede entgegnet, gemeinsame Angelegenheiten sollten auch gemeinsam beraten und erledigt werden. Die von Herrn Klein vorgeschlagene Trennung könne er nicht nachvollziehen, da dadurch die Ausschüsse sich aus den Beratungen und Mitteilungen herauszögen. Dies der Exekutiven zu überlassen, davon sei er ein erklärter Gegner. Über die Beratungen in den Ausschüssen sei es auch möglich, mit evtl. Diskussionspunkten an den Kreis heranzutreten.

Frau Koshofer findet, die Vorlage sei sehr umsichtig gestaltet. Gut sei die Bildung von Schnittmengen. Sie danke Herrn Buhleier dafür.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

## **11. Kindertagesbetreuung im Betreuungsjahr 2011/12** *0665/2011*

Herr Dr. Speer teilt mit, im Vorfeld sei er bzgl. der Aussage „Diese Zahlen machen deutlich, dass wir bei der Versorgung der Altersgruppe der Dreijährigen bis zum Beginn der Schulpflicht z.z. bei gut 98 % liegen“ gefragt worden, ob diese Aussage zutreffend sei (zweiter Spiegelstrich auf Seite 37). Dies möchte er bejahen.

Frau Lehnert erklärt, sie sei froh über diese Art der Darstellung und möchte der Verwaltung dafür danken. Hier werde endlich auch einmal die Versorgungsquote der Kinder durch die Spielgruppen, die ja auch ein wichtiger Baustein im Bergisch Gladbacher Modell seien, dargestellt. Gut finde sie die hohe Versorgungsquote für die Zwei- bis Dreijährigen. Dies sei der vorausschauenden Planung der Verwaltung zu verdanken. So sei dem Anspruch, für die Zweijährigen bis 2013 auch entsprechende Plätze zu schaffen, nachzukommen.

Herr Neu schließt sich den Worten von Frau Lehnert an.

Herr Klein sieht dies nicht so positiv. Sicher sei es richtig, dass die Versorgungsquote der Zwei- und Dreijährigen verglichen mit dem Durchschnitt des Landes Nordrhein-Westfalen überdurchschnittlich sei. Allerdings sei diese bei der Altersgruppe zwischen 4 und 24 Monaten mit 14 % noch lange nicht ausreichend, vor allem nicht für allein erziehende Mütter, die evtl. nach einem Jahr wieder arbeiten gehen müssten und dringend einen Platz benötigten. Die Kindertagesbetreuung müsste viel stärker ausgebaut werden. Auch solle man mehr Plätze bei Tagesmüttern schaffen. Hierfür

müsse mehr Werbung gemacht und ein besseres Gehalt gezahlt werden. Es reiche nicht, zu sagen, Bergisch Gladbach hätte überdurchschnittliche gute Zahlen, sondern man solle sich darum bemühen, die besten Zahlen vorweisen zu können.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**12. Zwischenergebnis: Aktionsplan Inklusion der Stadt Bergisch Gladbach**  
*0646/2011*

Frau Lehnert übernimmt die Leitung der Sitzung, da Herr Dr. Miede sich für die Fraktion zur Sache äußern möchte.

Herr Dr. Speer berichtet über die Beratungsergebnisse der anderen Ausschüsse. Der Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderung habe in seiner Sitzung am 24.01.2012 der Vorlage einstimmig zugestimmt. Der Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann (ASSG) habe in seiner Sitzung am 26.01.2012 dem Punkt 1 der Beschlussvorlage einstimmig bei Enthaltung der CDU- und FDP-Fraktion zugestimmt und dem Punkt 2 der Beschlussvorlage dann einstimmig zugestimmt.

Herr Dr. Miede erklärt für die SPD-Fraktion, die SPD-Fraktion sei sich seit vielen Jahren darüber im Klaren, dass die Inklusion ein nicht nur wünschenswertes, sondern ein unerlässliches Thema der Bildungspolitik insgesamt sei. Aus diesem Blickwinkel könne man die UNO-Resolution nur begrüßen. Der Rat habe in seiner Sitzung am 31.05.2011 eine Planung vorgegeben, nach der der Rat diese Themen angehen wolle. Er selber halte diese Inklusion für eine Kernaufgabe der Gesellschaft, weit über die übliche Duldung hinaus. Eine aktive Einbeziehung dieser Menschen sei unerlässlich, wenn man eine vernünftige, gemeinsame und solidarische Gesellschaft entwickeln wolle, die die einzige Chance für die Zukunft sei. Aber, so möchte er betonen, die Aufgabe sei gewaltig. Er möchte gerne einige Punkte erwähnen, die seines Erachtens ebenso unerlässlich seien, um einen Erfolg in dieser schwierigen, großen Aufgabe zu erreichen. Auf den Schulträger würde eine Reihe von Notwendigkeiten zukommen. Er halte diese nicht für ausgeschlossen; er möchte sie nur nennen, damit jeder wisse, was in den nächsten Monaten und Jahren zu bearbeiten und zu beschließen sei, und auch auszugeben habe. Zunächst möchte er die Gebäude erwähnen. Die Erfahrung lehre, dass eine Schule, die sich einem solchen Problemkreis zuwenden möchte, spezielle Räume benötige, wie z.B. Gymnastikräume, spezielle Toiletten, Lifts und Ruheräume. Ebenso benötige man Psychologen und Sozialarbeiter sowie Krankengymnasten, die den Lehrern zu Seite stünden und die Vielzahl von Problemen lösten. In Klassen, die besonders der Hilfe und Unterstützung bedürften, sei das Doppelbesetzungsprinzip – in jeder Stunde zwei Lehrer – anzuwenden. Dies sei eine Leistung, die die Bezirksregierung oder das Land leisten müsse. Hier seien Fragen des Stellenplans betroffen, die aus einem normalen Etat nicht zu bewältigen seien. Seiner Meinung nach müsse diese Aufgabe bewältigt werden und werde sie auch bewältigt. Allerdings seien die materiellen Voraussetzungen ganz entscheidend wichtig, damit diese große Aufgabe nicht scheitere. Man müsse zuerst in kleinen Schritten anfangen und die Vorbereitungen treffen, geduldig aber solide, damit man nicht eine Sache beginne, die sich später als nicht realistisch herausstelle.

Herr Dr. Bernhauser findet, die Steuerungsgruppe habe sich viel Arbeit gemacht und einen „Aufschlag“ gemacht. Dieser Aufschlag sei die Grundlage für die weitere Arbeit an einem Inklusionsplan für die Stadt Bergisch Gladbach. Tatsächlich benötige man aber das Landesinklusionsgesetz, um die materiellen Rahmenbedingungen für die Inklusion festzulegen. Da das Landesinklusionsgesetz zurzeit in Arbeit sei, wisse man noch nicht, welche Leistungen das Land den Kommunen zur Verfügung stelle, damit diese ihre Inklusionsziele vor Ort auch erreichen könnten. Die Steuerungsgruppe, die diesen Aktionsplan bearbeite, solle die Beratungen zum Landesinklusionsgesetz verfolgen und vielleicht auch abwarten, um zu sehen, welche materielle Unterstützung die Kommunen er-

halten könnten. Diese Unterstützung sei nötig, um dieses Thema Inklusion wirklich entscheidend voranzubringen. Ein anderes wichtiges Thema sei die Bewusstseinsänderung von Menschen über das künftige Zusammenleben von Menschen mit Behinderung und ohne Behinderung. Dieser Bewusstseinswandel sei eine Aufgabe, die schwieriger und längerfristig zu sehen sei, wie die materielle Ausstattung. Weiterhin erklärt Herr Dr. Bernhauser, die CDU-Fraktion habe sich im ASSG beim Beschlussvorschlag zur Ziffer 1) enthalten und der Ziffer 2) zugestimmt. Die Fraktion sei der Meinung, Ziffer 1 enthalte allgemeine Aussagen, die Grundlage der gesamten Inklusionsdebatte seien und somit nicht noch beschlossen werden müssten. Ferner habe man im ASSG zu dem allgemeinen Teil noch Präzisierungen und Ergänzungen gegeben und darum gebeten, dass die Steuerungsgruppe diese aufgreife.

Herr Dr. Baeumle-Courth stimmt Herrn Dr. Bernhauser zum ersten Teil seiner Ausführung zu. Die Kommunen benötigten materielle Mittel für die Umsetzung der Konzepte. Allein könnten sie dies nicht „stemmen“. Zwar müsse man auf das Landesinklusionsgesetz warten, aber trotzdem könne man schon einmal Maßnahmen entwickeln. Zur Begründung von Herrn Dr. Bernhauser bzgl. der Enthaltung der CDU-Fraktion zu Ziffer 1) des Beschlussvorschlages glaube er, die CDU-Fraktion habe durch einige Formulierungen auf der Seite 44 der Vorlage keinen innerfraktionellen Konsens finden können und sich daher enthalten. Aber er zweifle nicht an einem gemeinsamen konstruktiven und produktiven Weiterkommen in dieser Sache.

Frau Koshofer erklärt, die Grundaussagen seien natürlich allgemeiner Konsens. Davon sei sie zu tiefst überzeugt. Natürlich benötige man auch Mittel vom Land, um den Worten Taten folgen zu lassen.

Herr Klein stimmt Frau Koshofer zu, es seien Mittel nötig, um alles schnell und zügig umzusetzen. Man werde an den Taten gemessen und hier solle man zumindest immer mit gutem Beispiel vorangehen. Die Fraktion DIE KINKE./BfBB habe schon vor über einem Jahr vorgeschlagen, dass das Rathaus in Bergisch Gladbach als Beispiel dienen solle. Leider sei der Umbau zwar begonnen, aber nicht beendet worden. Hier müssten neben dem erklärten politischen Willen auch Mittel freigegeben werden. Es müsse verstärkt in diesen Bereichen investiert werden. Man könne nicht immer nur darauf hoffen, dass die Landesregierung diese Kosten übernehme und solange selber nichts tun. Sondern man müsse auch einmal darauf hoffen, dass diese Kosten nachträglich ausgeglichen würden.

Herr Kleine findet, das Abstimmungsverhalten der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion könne in der Öffentlichkeit ohne Erklärung missverstanden werden. Auch wenn unter Ziffer 1 nur allgemeine Aussagen beschlossen würden, die selbstverständlich seien, könnte eine Zustimmung zu deren Verstärkung führen. Er möchte gerne wissen, wie die CDU-Fraktion im ABKSS abstimmen werde.

Frau Lehnert erklärt, die CDU-Fraktion werde wie im ASSG abstimmen. Sie hätten Anregungen an den Arbeitskreis gegeben und hofften, diese würden mitbedacht. Sie wollten die Arbeit nicht einschränken oder stoppen, sondern nur, dass ihre Anregungen beim weiteren Vorgehen mitbedacht würden.

Herr Buhleier möchte noch einen Hinweis geben. Der Weg in eine inklusive Gesellschaft habe sehr viel mit Bewusstseinsbildung zu tun. Inklusion fange im Kopf an. Gleichzeitig aber gebe es ganz unterschiedliche Abhängigkeiten vom Land. Der Rat habe die Verwaltung beauftragt, bis Ende dieses Jahres einen Aktionsplan Inklusion vorzulegen. Es werde mit diesem Aktionsplan nicht alles vorgelegt, was getan werden müsse, sondern es werde ein erster Aufschlag gemacht. Es sei in diesem Aktionsplan nicht möglich z.B. ein inklusives Schulsystem theoretisch zu fundieren, sondern es würden Hinweise auf weitere Vorgehensweisen gemacht. Er gehe davon aus, der Themenbereich Inklusion sei nicht der Aufgabenbereich von einer Generation, sondern von Generationen, ähnlich

dem Thema Gleichstellung von Mann und Frau. Es werde ähnlich verfahren, wie beim Integrationskonzeptes, wo schon auch schon einiges auf den Weg gebracht worden sei.

Frau Lehnert schlägt vor, über die Beschlusspunkte 1. und 2. getrennt abzustimmen.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **einstimmig** bei Enthaltung der CDU-Fraktion folgende Beschlussempfehlung:

- 1. Die Grundaussagen für den Aktionsplan Inklusion „Inklusion – Vielfalt in Bergisch Gladbach“ werden vom Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschlossen.**

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **einstimmig** folgende Beschlussempfehlung:

- 2. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach befürwortet die Schwerpunktlegung auf die Bearbeitung der drei Themenfelder**
  - **schulische, außerschulische und berufliche Bildung**
  - **Zugänglichkeit und Mobilität, barrierefreie Kommunikation und Information**
  - **Arbeit und Beschäftigung.**

Herr Dr. Miede übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

- 13. Einfriedung des Schulgeländes Saaler Mühle mit den bisher frei zugänglichen Sportanlagen**  
*0672/2011*

Herr Dr. Speer erklärt, er habe auf Bitte von Herrn Dr. Miede die bereits gefassten Beschlüsse zu diesem Thema eruiert. Der ABKSS habe sich bereits am 25.09.2001 mit der Einzäunung von Schulen, speziell der Einzäunung des NCG's befasst. Damals habe die Verwaltung auf die Frage nach der Einzäunung geantwortet, dass man je nach Fall entscheiden wolle, wann eine Schule eingezäunt werde. Der Rat habe sich dann am 28.02.2008 noch einmal mit dieser Thematik befasst und beschlossen, die Verwaltung zu beauftragen, bei gravierenden Problemen an Schulgrundstücken eine Einzäunung zu prüfen und wenn möglich umzusetzen. Zusätzlich habe er ebenfalls auf Bitte von Herrn Dr. Miede über die Vandalismusschäden am Otto-Hahn-Schulzentrum recherchiert. Das Hochbauamt habe ihm für die Jahre 2010 und 2011 mitgeteilt, durch Glasbruch bzw. Einbruch seien Schäden i.H.v. über 17.000 € entstanden. Es habe 18 Vorfälle gegeben, wobei bei einem Vorfall 17 Glasscheiben auf einmal zu Bruch gegangen seien. Ferner habe man Schmierereien durch Graffiti, Zerstörung der Außenanlage, z.B. der Bänke, Herausreißen von Decken am Schulhof an der Südseite, Abbrennen von Feuern auf dem Schulhof inkl. Trinkgelage und den damit verbundenen Verunreinigungen auf dem Schulhof und den Sportanlagen sowie das Werfen von Steinen, die auf dem Sporthallendach lägen, auf die Laufbahn und den Basketballplatz festgestellt.

Herr Klein findet, dieser Punkt habe viel Diskussionsbedarf. Allerdings stehe in der Mitteilungsvorlage bei Art der Behandlung nur „zur Kenntnis“. Bei Top 10 habe man diskutiert, was eigentlich nicht entschieden werden müsse. Hier bekomme man aus dem Ausschuss für Anregungen und Beschwerden ein Thema zugewiesen, was der ABKSS diskutieren solle. Er vermute, man habe der Politik diese Vorlage nur „zur Kenntnis“ gegeben, weil der Auftrag für die Einzäunung in Höhe von 57.000 € bereits vergeben sei. Er frage sich, warum die Mitglieder dieses Ausschusses dies dann noch so detailliert vorgelegt bekämen, wo sie sowie so nichts mehr entscheiden könnten. Bezogen auf den Basketballplatz stehe in der Vorlage (Seite 48, 3 Absatz), dieser Platz leide ebenfalls unter Vandalismusschäden. Es sei aber vielmehr so, dass die größten Schäden an diesem Platz baulicher

Natur seien. Dies habe Herr Martmann auch im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden eingeräumt. Für die Sanierung seien Mittel nötig. Seiner Meinung nach hätten die Mittel aus dem Konjunkturpaket II, die für den nicht gerade unumstrittenen Kinderspielplatz in Refrath aufgebracht worden seien, zusammen mit den schon vergebenen Mittel für den Zaun für eine Sanierung ausgereicht. Die Auflistung der Vandalismusschäden zur Begründung für eine Einzäunung könne er nicht bewerten, wenn diese nicht in Kontext gebracht würden mit den Vandalismusschäden an anderen Schulen oder an anderen städtischen Gebäuden. Leider hätte diese Art der Schäden an verschiedenen Gebäuden zugenommen. Zuletzt möchte er noch einmal geklärt haben, warum der Ausschuss diese Vorlage nur zur Kenntnis bekommen habe. Seiner Meinung nach sei hier zu diskutieren sei, bevor entschieden werde, Ferner möchte er wissen, wie man sich in Zukunft mit diesen Themen auseinandersetzen wolle.

Herr Neu erläutert, der Ausschuss für Anregungen und Beschwerde habe sich ausschließlich mit der Einzäunung des Schulgeländes Saaler Mühle und den bisher frei zugänglichen Sportanlagen beschäftigt. Hier gehe es aber um den Beginn einer Diskussion, ob man nicht grundsätzlich alle Sportstätten oder Schulstätten zumachen solle. 2001 sei vom Rat beschlossen worden, alle Sportplätze in Bergisch Gladbach sollten offen sein. An diesen Beschluss könne er sich noch gut erinnern. Dieser Beschluss sei heute aber nicht mehr aufrechtzuerhalten. In Herkenrath versuchten immer wieder Vandalen über den eingezäunten Kunstrasenplatz zu zerstören. Der Platz sei natürlich für Sporttreibende während der Verein- oder Schulnutzungszeiten geöffnet. Niemand werde abgewiesen, jeder könne Sport treiben. Ansonsten sei jedoch die Anlage geschlossen, da man mit einfachsten Mittel einen Kunstrasenplatz so zerstören könne, dass er nicht mehr nutzbar sei. Dazu sei die Anlage zu wertvoll. Die Aussage in der Vorlage, bei den Grundschulen habe es bzgl. der Einzäunung keine Kritik aus Elternkreisen gegeben, könne er so nicht stehen lassen. In Herkenrath sei schon Kritik seitens der Eltern geäußert worden. Die Übergabe der Schlüsselgewalt an einen Verantwortlichen, die im vorletzten Absatz angesprochen werde, sehe er kritisch. Es werde schwierig sein, einen Verantwortlichen zu finden. Vielleicht sei dies im Rahmen von Nutzungsverträgen mit Vereinen möglich. Zum Schluss möchte er darauf hinweisen, man müsse eine Einzäunung immer im Einzelfall prüfen und entscheiden. Manche Anlagen befänden sich im Blickfeld der Öffentlichkeit; hier gebe es weniger Vandalismus, als an eher versteckt liegenden Stätten. Er plädiere für eine Einzelfallprüfung und eine entsprechende Entscheidung über das weitere Verfahren im Ausschuss.

Frau Glaman- Krüger stellt fest, die Arbeiten zur Einzäunung seien schon halb abgeschlossen. Daher brauche der Ausschuss darüber nicht mehr zu diskutieren. Allerdings sei für die FDP-Fraktion wichtig, dass die Zugänglichkeit für Jugendliche und für Bürgerinnen und Bürger weiterhin gegeben sei, wie es auch in der Vorlage geschrieben stehe. Sie möchte gerne wissen, zu welchen Zeiten die Anlage zugänglich sei.

Herr Dr. Miede weist darauf hin, die Einzäunung sei ein Beschluss des Fachbereiches 8 gewesen und eine abgeschlossene Angelegenheit.

Frau Scheerer schließt sich der Frage von Frau Glaman-Krüger an und verweist auf den Sportentwicklungsplan. Des Weiteren möchte sie gerne wissen, ob es bei den bereits eingezäunten Schulen noch Vandalismusschäden gebe und wie hoch die Kosten seien.

Herr Rockenberg erklärt, die Thematik Basketballplatz an der Saaler Mühle sei zweimal im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden behandelt worden. In beiden Sitzungen sei auch der grundsätzliche Konflikt „Schließung Sportanlagen kontra Sportentwicklungsplan (möglichst weite Öffnung der städtischen Sportflächen für die Öffentlichkeit)“ und das Problem des Trägermodells (Übernahme der Plätze durch vereine) diskutiert worden. In der letzten Sitzung des ASSG sei deutlich gemacht worden, ausgehend von den Ratsbeschlüssen sollten die Sportflächen grundsätzlich für die Öffentlichkeit geöffnet bleiben. In Einzelfällen sei jedoch zu prüfen, ob eine Einzäunung notwendig sei, was jedoch niemand möchte. Bezüglich der Einzäunung Schulgelände Saaler Mühle

sei die Entscheidung bereits vor Weihnachten gefallen und umgesetzt worden. Herr Martmann habe zugesagt, die Anlage möglichst lange aufzuhalten. Die Schule und die Sporthalle würden regelmäßig in den Abendstunden genutzt. Der Hausmeister sei anwesend. Allerdings werde die Anlage nichts nachts geöffnet sein. Zu den Kosten möchte er erklären, die Kosten für die Zaunanlage seien nicht mit den Kosten für die Sanierung des Basketballplatzes zu verknüpfen. Der Basketballplatz werde saniert, sobald die Zaunanlage errichtet sei. Bewusst habe die Verwaltung sich hier für eine Mitteilungsvorlage entschieden, um zu berichten, was geschehen sei. Zu beschließen sei aus heutiger Sicht nichts, da kein neuer Einzelfallbeschluss zu fassen sei.

Herr Kleine findet, den Bürgern sei schwer zu erklären, dass für die Sanierung des Platzes das Geld fehle, da es sich um eine freiwillige Aufgabe handle und auf Grund des Nothauhaltes keine Mittel zur Verfügung gestellt werden könnten. Aus Verkehrssicherungspflichten aber sei man gesetzlich verpflichtet einen Zaun zu errichten und dafür stünden in Nothauhaltzeiten wohl Mittel zur Verfügung. Für ihn sei dies schwer nachvollziehbar. Die Mittel wären besser für die Sanierung des Platzes aufwendet worden, was aber nicht möglich sei. Für ihn befinde sich die Gesellschaft im Wandel. Nicht nur Sachbeschädigungen sondern auch Personenübergriffe würden immer häufiger vorkommen. Die Zeiten, wo man die Sportplätze rund um die Uhr habe offen lassen können und nichts passiert sei, seien vorbei. Dies sei sehr bedauerlich, aber er glaube, dies sei eine gesellschaftliche Entwicklung, vor der man sich nicht verschließen könne. Die Lösung der Einzelfallentscheidung finde er daher gut. In den Fällen, wo verstärkt Vandalismusschäden aufträten, müsse auch gehandelt werden. Die anderen hätten zunächst keine Priorität.

Herr Dr. Speer teilt mit, er sei gefragt worden, ob der Basketballplatz nicht von der Einzäunung ausgenommen werden könne. Dies sei leider nicht möglich, da dieser mitten im Schulgelände liege. Allerdings solle laut Gebäudewirtschaft der Basketballplatz nach der Sanierung bis 22:00 Uhr geöffnet sein.

Herr Klein möchte noch einmal auf die Art der Behandlung der Vorlage eingehen und weist auf den ersten Absatz der Vorlage hin, nach dem der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden am 22.09.2011 beschlossen habe, der ABKSS solle den Zielkonflikt zwischen dem Schutz der Immobilien und der möglichst ungehinderten Ausübung des Freizeitsportes noch einmal grundsätzlich diskutieren. Seiner Meinung nach sei der Ausschuss vor vollendete Tatsachen gestellt worden.

Herr Dr. Miede wirft ein, es werde diskutiert. Der Auftrag zur Einzäunung sei vor allen Beschwerden im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden erfolgt. Er sei nicht reparabel gewesen.

Herr Klein entgegnet, dies stimme so nicht. Der Platz sei nicht durch Vandalismusschäden defekt. Dies habe Herr Martmann im Ausschuss mitgeteilt. Es werde eine Angelegenheit in einen anderen Ausschuss verwiesen, der aber nicht darüber diskutiere, sondern vor vollendete Tatsachen gestellt werde. Zum anderen würde hier eine Verknüpfung zwischen den Nutzern des Basketballplatzes und den Vandalen, die öffentliches Eigentum zerstörten, hergestellt. Dies sei nicht korrekt. Die SportlerInnen zerstörten nicht ihre Anlagen. Er finde, dieses Problem solle der Ausschuss diskutieren und nicht nur zur Kenntnis nehmen. Er sehe die Aufgabe dieses Ausschusses eklatant verletzt.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**14. Annahme einer Schenkung an das Stadtarchiv**  
*0668/2011*

Herr Dr. Miede hält die Schenkung für einen großen Gewinn für die Stadt Bergisch Gladbach.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **einstimmig** folgenden Beschluss:

**Die Schenkung der Sammlung Willi Ommer durch die Erbgemeinschaft Willi Ommer an das Stadtarchiv wird mit besonderem Dank entgegengenommen.**

**15. Anträge der Fraktionen**

Es liegen keine Anträge vor.

**16. Anfragen der Ausschussmitglieder**

Frau Scheerer hat eine Frage zur Inklusion. Ihres Wissens nach könne die Grundschule GGS Katterbach Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf aufnehmen. Dafür seien dort auch Sonderpädagoginnen eingerichtet worden. Die Eltern hätten ein Recht darauf, dass ihre Kinder, die sonderpädagogischen Förderbedarf hätten, an einer Regelschule unterrichtet würden. Das Land möchte gerne dafür sorgen, die Eltern klaglos zu halten, d.h. es möchte, dass diese Kinder an den Regelschulen aufgenommen würden. Sie möchte gerne wissen, was die Verwaltung unternehme, wenn es für die GGS Katterbach mehr Anmeldungen gebe, als diese aufnehmen könne.

Herr Pütz erklärt, es gebe in jedem größeren Stadtteil eine Grundschule mit gemeinsamem Unterricht. Mit der Bezirksregierung sei abgesprochen, dass nach dem Stichtag 15.01. alle Anmeldungen von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf gesichtet würden. Nach Möglichkeit sollten die Eltern klaglos gestellt werden. Bezogen auf Katterbach gebe es noch ein oder zwei kritische Verfahren, da die Schule in diesen Fällen noch keine Erfahrung habe. Es seien noch Gespräche mit den Eltern zu führen, ob diese Schule der richtige Förderort für ihre Kinder sei.

Herr Dr. Miede schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

---

Dr. Wolfgang Miede  
Vorsitzender des Ausschusses  
für Bildung, Kultur, Schule und Sport

Dr. Lothar Speer  
Fachbereichsleiter

Petra Weymans  
Schriftführerin